

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 25 | 22.06.2018

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl II 125/2018](#)

Verordnung der Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus, mit der Durchführungsbestimmungen zum Ingenieurge-setz 2017 erlassen werden (**Ingenieurgesetz-Durchführungsverordnung 2018** – IGDV 2018)

[BGBl II 130/2018](#)

Verordnung der Bundesregierung, mit der die Verordnung der Bundesregierung, mit der Staaten als sichere Herkunftsstaaten festgelegt werden (**Herkunftsstaaten-Verordnung** – HStV) geändert wird

[BGBl II 131/2018](#)

Verordnung der Bundesregierung, mit der die Verordnung über die Informationssicherheit (**Informationssicherheitsverord-nung** – InfoSiV) geändert wird

II. AMTSBLATT DER EU

[ABl L 156 v 19.06.2018, 1](#)

Verordnung (EU) 2018/841 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 über die **Einbeziehung der Emissionen und des Abbaus von Treibhausgasen aus Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft** in den Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr 525/2013 und des Be-schlusses Nr 529/2013/EU

[ABl L 156 v 19.06.2018, 26](#)

Verordnung (EU) 2018/842 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 zur **Festlegung verbindlicher nationaler Jahresziele für die Reduzierung der Treibhausgasemissionen** im Zeitraum 2021 bis 2030 als Beitrag zu Kli-maschutzmaßnahmen zwecks Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Übereinkommen von Paris sowie zur Änderung der Verordnung (EU) Nr 525/2013

[ABI L 156 v 19.06.2018, 43](#)

Richtlinie (EU) 2018/843 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 zur Änderung der Richtlinie (EU) 2015/849 zur **Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung** und zur Änderung der Richtlinien 2009/138/EG und 2013/36/EU

[ABI L 156 v 19.06.2018, 75](#)

Richtlinie (EU) 2018/844 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 zur Änderung der Richtlinie 2010/31/EU über die **Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden** und der Richtlinie 2012/27/EU über **Energieeffizienz**

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

11.06.2018, [E 2735/2017](#)

AusländerbeschäftigungsG; Feststellung einer Verletzung im Recht auf **Entscheidung innerhalb angemessener Frist** durch Verhängung einer Geldstrafe wegen Verstoßes gegen das AusländerbeschäftigungsG; keine Rechtfertigung der ungewöhnlich langen Zeitspanne von knapp 4,5 Jahren zwischen mündlicher Verkündung und schriftlicher Ausfertigung der angefochtenen Entscheidung; Aufhebung der Entscheidung im Umfang des Straf- und Kostenausspruchs

11.06.2018, [E 4360/2017](#)

Niederlassungs- und AufenthaltsG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Verweigerung der Erteilung einer **Aufenthaltsbewilligung** für den Zweck „Künstler“; Einkommen selbständiger Künstler durch Haftungserklärung substituierbar

15.06.2018, [W I 1/2018](#)

NÖ Landtagswahlordnung; Abweisung der **Anfechtung der nÖ Landtagswahl** vom 28. Jänner 2018; keine Verletzung des **demokratischen Prinzips** durch die Briefwahl und Fehler bei der Bezeichnung und Reihung der Parteien auf den Stimmzetteln; keine Bedenken betreffend die Verfassungsmäßigkeit der Briefwahl an sich und deren Vereinbarkeit mit den Grundprinzipien der Verfassung; keine Bedenken betreffend die Reihung der „Liste Franz Schnabl – SPÖ“ an die Stelle der SPÖ; trotz abweichender Parteibezeichnung durch die „offenkundige Kontinuität“ zur zuletzt im Landtag vertretenen Partei „SPÖ“ gerechtfertigt; bezüglich der Wählererevidenz wäre ein selbständiges Verfahren zur Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Eintragung mit einer Beschwerdemöglichkeit vor der Wahl an das Landesverwaltungsgericht vorgesehen

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

24.04.2018, [Ra 2017/05/0275](#)

BauO für Wien; **Baubewilligung** zur Errichtung eines Wohngebäudes; **div Nachbareinwendungen**; aus § 80 Abs 2 und § 84 Abs 2 lit a BauO für Wien folgt, dass für die Nichteinbeziehung eines Erkers in die bebaute Fläche zwei Voraussetzungen erfüllt sein müssen, nämlich das Vorliegen eines Erkers in dem in § 84 Abs 2 lit a leg cit bezeichneten Ausmaß und das Bestehen einer freien Durchgangshöhe unter diesem von mindestens 2,10 m; da es sich bei der geforderten Durchgangshöhe somit um eine (weitere) eigenständig zu prüfende Voraussetzung für die Nichteinbeziehung eines Erkers in die bebaute Fläche handelt, ist diese nicht bei der Ermittlung der zulässigen Erkerkubatur zu berücksichtigen und von der maßgeblichen Gebäudefront abzuziehen

24.04.2018, [Ro 2018/03/0002](#)

ORF-G; Feststellung der KommAustria, dass der **ORF Sponsorhinweise unzulässiger Weise** während einer Sendung und nicht – wie vorgeschrieben – am Anfang oder Ende der Sendung platzierte; Erlangung eines wirtschaftlichen Vorteils; in der Revision des ORF wurde ua vorgebracht, dass kein wirtschaftlicher Vorteil erlangt wurde, weil kein zusätzlicher Sponsorhinweis ausgestrahlt, sondern dieser nur an der „falschen“ Stelle ausgestrahlt worden sei; Sponsorleistungen kommt generell ein

wirtschaftlicher Vorteil zu; dieser ist losgelöst von einem etwaigen rechtskonformen Verhalten zu betrachten; eine Aufrechnung mit jenem wirtschaftlichen Vorteil, der sich bei gesetzmäßiger Durchführung der Kennzeichnung (hypothetisch) ergeben würde, kommt nicht in Betracht; ggst wurde unstrittig ein Entgelt für die Sponsorleistungen an den ORF geleistet; dieser hat durch die rechtswidrige Ausstrahlung des Sponsorhinweises einen wirtschaftlichen Vorteil erlangt und damit die Voraussetzung der Abschöpfung der Bereicherung erfüllt

24.05.2018, [Ro 2017/07/0026](#)

AuskunftspflichtG; nach dem Auskunftspflichtgesetz haben ua die Organe des Bundes über Angelegenheiten ihres Wirkungsbereichs Auskünfte zu erteilen; im Fall der Nichterteilung einer Auskunft ist über Antrag die **Erlassung eines Auskunftsverweigerungsbescheids** vorgesehen; das **Umweltbundesamt** ist zur Erlassung eines Auskunftsverweigerungsbescheids befugt; eine diesbezügliche Säumnisbeschwerde an das VwG ist zulässig

25.05.2018, [Ra 2017/10/0013](#)

Lebensmittelsicherheits- und VerbraucherschutzG; VStG; der Verwaltungsstraftatbestand des § 90 Abs 1 Z 2 iVm § 5 Abs 1 Z 2 Lebensmittelsicherheits- und VerbraucherschutzG erfordert im Spruch eines Straferkenntnisses die Angabe, dass Lebensmittel, die wertgemindert sind, in Verkehr gebracht wurden, ohne dass dieser Umstand deutlich und allgemein verständlich kenntlich gemacht wurde; der bloße Vorwurf des **Inverkehrbringens wertgeminderter Lebensmittel** allein genügt nicht dem § 44a Z 1 VStG, weil dieses Verhalten nur dann strafbar ist, wenn der Umstand der Wertminderung nicht deutlich und allgemein verständlich kenntlich gemacht wird

29.05.2018, [Ra 2017/03/0083](#)

Wr AuskunftspflichtG; das Wr AuskunftspflichtG räumt jeder Person grundsätzlich ein **subjektives Recht auf Auskunftserteilung** ein, soweit keine gesetzliche Verschwiegenheitspflicht entgegensteht und dadurch die Besorgung der übrigen Aufgaben nicht wesentlich beeinträchtigt wird; keine Auskunftserteilung bei offenkundig mutwilligem Auskunftsbegehren; das Wr AuskunftspflichtG ist iSd Rsp des EGMR zu Art 10 EMRK auszulegen; Ausnahmen zur Auskunftspflicht sind insb gegenüber Medien eng auszulegen; eine Auskunft kann nicht pauschal mit der Begründung verweigert werden, dass hinsichtlich einzelner dieser Vorgänge Verschwiegenheitspflicht besteht; Behörde hat Auskunft über jene Vorgänge zu erteilen, für die keine gesetzliche Verschwiegenheitspflicht besteht; wird die beantragte Auskunft (teilweise) auf Grund von gesetzlichen Verschwiegenheitspflichten verweigert, hat die Behörde darüber mit Bescheid abzusprechen; dasselbe gilt auch im Hinblick des Auskunftsverweigerungsgrunds der wesentlichen Beeinträchtigung der übrigen Aufgaben; dies kann zur Folge haben, dass Übersichtsankünfte zu geben sind bzw Zugang zu den relevanten Dokumenten einzuräumen ist

29.05.2018, [Ra 2018/03/0018](#)

Vbg JagdG; die **Anordnung der Freihaltung** nach § 41 Abs 4 Vbg JagdG setzt voraus, dass sich diese zur Verhütung von Wildschäden der dort angesprochenen Art als notwendig und geeignet erweist; eine solche besondere verwaltungspolizeiliche Maßnahme, die schon infolge der Irrelevanz der Schonzeit und des Abschussplans die Jagdausübung in besonderer Weise und damit die Rechtssphäre der Jagdnutzungsberechtigten intensiv betrifft, darf nur dann erfolgen, wenn die Gefährdung des forstlichen Bewuchses nicht auf einem anderen Weg wirksam abgestellt werden kann; dabei ist auch zu berücksichtigen, ob gegebenenfalls durch die Maßnahmen der Abschussplanung auch der spezifischen Gefährdung einzelner Grundflächen, auf deren Schutz das Konzept des § 41 leg cit vorrangig abstellt, effektiv begegnet wird; maßgeblich ist hierbei nicht allein der Inhalt des Abschussplans, sondern auch, ob dieser in der Praxis verlässlich eingehalten wird

29.05.2018, [Ra 2018/03/0037](#)

EisenbahnkreuzungsVO; **Sicherung einer Eisenbahnkreuzung** durch eine **Schrankenanlage** gem § 8 EisenbahnkreuzungsVO 1961; die ggst Vollschrankenanlage mit Läutewerk wird nicht fahrtbewirkt angeschaltet, sondern mechanisch mit einem Kurbelwerk durch den Fahrdienstleiter vom Bahnhof bedient; nach der Übergangsbestimmung des § 102 Abs 3 EisenbahnkreuzungsVO 2012 dürfen nur solche Bestandanlagen mit Läutewerk beibehalten werden, die fahrtbedingt angeschaltet werden können; das trifft auf die ggst Bestandanlage derzeit nicht zu

C. VERWALTUNGSGERICHTE

LVwG Wien 15.03.2018, [VGW-001/016/1760/2018](#)

ZivildienstG; im Rahmen einer verfassungskonformen Interpretation des § 23c Abs 2 Z 2 ZivildienstG ist es als zur Zweckerreichung genügend anzusehen, wenn in der **ärztlichen Bescheinigung einer Dienstverhinderung eines Zivildienstleistenden** als Grund seiner Erkrankung bloß „Krankheit“, „Erkrankung“, „Arbeitsunfall“ o.Ä, ohne Angabe einer exakten medizinischen Diagnose, angeführt wird; auch damit wird die Kontrolle von Krankenständen Zivildienstleistender gewährleistet und überdies gesichert, dass die betroffene Einrichtung die erforderlichen personellen Dispositionen zeitnah vornehmen kann; zudem geht damit der gelindeste Eingriff in das Grundrecht auf Schutz personenbezogener Gesundheitsdaten einher, welcher schon dann nicht mehr angenommen werden kann, wenn Angaben wie zB „psychische Erkrankung“ oder „Infektionserkrankung“ abverlangt würden

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[19.06.2018, Rs C-15/16, Baumeister](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Rechtsangleichung – **Richtlinie 2004/39/EG** – Art 54 Abs 1 – Tragweite der **Pflicht der nationalen Finanzaufsichtsbehörden zur Wahrung des Berufsgeheimnisses** – Begriff ‚vertrauliche Information‘

[20.06.2018, Rs C-108/17, Enteco Baltic](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Mehrwertsteuer – **Richtlinie 2006/112/EG** – Art 143 Abs 1 Buchst d und Art 143 Abs 2 – **Befreiungen von der Mehrwertsteuer bei der Einfuhr** – Einfuhr, auf die eine innergemeinschaftliche Lieferung folgt – Voraussetzungen – Beweis für die Versendung oder Beförderung der Gegenstände in einen anderen Mitgliedstaat – **Beförderung unter der Regelung der Aussetzung der Verbrauchsteuern** – Übertragung der Befugnis, über die Gegenstände zu verfügen, auf den Erwerber – Steuerhinterziehung – **Keine Pflicht der zuständigen Behörde, dem Steuerpflichtigen beim Einholen der Auskünfte zu helfen**, die für den Nachweis der Erfüllung der Voraussetzungen für die Befreiung erforderlich sind

[21.06.2018, Rs C-557/15, Kommission / Malta](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – **Richtlinie 2009/147/EG** – **Erhaltung der wildlebenden Vogelarten** – Fang und Haltung lebender Exemplare – Arten, die zur Familie der Finken gehören – Verbot – Nationale abweichende Regelung – **Abweichungsbefugnis der Mitgliedstaaten** – Voraussetzungen

[21.06.2018, Rs C-5/16, Polen / Parlament und Rat](#)

Nichtigkeitsklage – **Beschluss (EU) 2015/1814** – Bestimmung der Rechtsgrundlage – **Berücksichtigung der Wirkungen der Handlung** – Fehlen – Art 192 Abs 1 AEUV – Art 192 Abs 2 Unterabs 1 Buchst c AEUV – **Maßnahmen**, welche die **Wahl eines Mitgliedstaats** zwischen verschiedenen **Energiequellen** und die allgemeine **Struktur seiner Energieversorgung erheblich berühren** – Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit – Art 15 EUV – Befugnisse des Europäischen Rates – Grundsätze der Rechtssicherheit und des Vertrauensschutzes – Grundsatz der Verhältnismäßigkeit – **Folgenabschätzung**

[21.06.2018, Rs C-480/16, Fidelity Funds ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Freier Kapital- und Zahlungsverkehr** – Beschränkungen – Besteuerung von Dividenden, die an Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW) ausgeschüttet werden – Dividenden, die von in einem Mitgliedstaat ansässigen Gesellschaften an gebietsfremde OGAW ausgeschüttet werden – **Steuerbefreiung der von in einem Mitgliedstaat ansässigen Gesellschaften an gebietsansässige OGAW ausgeschütteten Dividenden** – Rechtfertigungsgründe – Ausgewogene Aufteilung der Besteuerungsbefugnis zwischen den Mitgliedstaaten – **Kohärenz des Steuersystems** – Verhältnismäßigkeit

[21.06.2018, Rs C-543/16, Kommission / Deutschland](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – **Richtlinie 91/676/EWG** – Art 5 Abs 5 und 7 – Anhang II Teil A Nrn 1 bis 3 und 5 – Anhang III Nr 1 Ziff 1 bis 3 und Nr 2 – **Schutz der Gewässer vor Verunreinigung durch Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen** – Unzulänglichkeit der geltenden Maßnahmen – Zusätzliche Maßnahmen oder verstärkte Aktionen – Fortschreibung des Aktionsprogramms – Begrenzung des Ausbringens – **Ausgewogene Düngung** – Zeiträume des Ausbringens – Fassungsvermögen von Behältern zur Lagerung von Dung – Ausbringen auf stark geneigten landwirtschaftlichen Flächen und auf gefrorenen oder schneebedeckten Böden

[21.06.2018, Rs C-681/16, Pfizer Ireland Pharmaceuticals, Operations Support Group](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Geistiges und gewerbliches Eigentum – **Patentrecht** – Akte über den Beitritt zur Europäischen Union von 2003, 2005 und 2012 – Besonderer Mechanismus – Anwendbarkeit auf Paralleleinführen – Verordnung (EG) Nr 469/2009 – Durch ein ergänzendes Schutzzertifikat in einem Mitgliedstaat geschütztes Erzeugnis, das vom Inhaber des Grundpatents in einem anderen Mitgliedstaat in den Verkehr gebracht wird – **Erschöpfung von Rechten des geistigen und gewerblichen Eigentums** – **Kein Grundpatent in den neuen Mitgliedstaaten** – Verordnung (EG) Nr 1901/2006 – **Verlängerung des Schutzzeitraums**

[21.06.2018, Rs C-1/17, Petronas Lubricants Italy](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – **Verordnung (EG) Nr 44/2001** – **Zuständigkeit für individuelle Arbeitsverträge** – Art 20 Abs 2 – Arbeitgeber, der vor den Gerichten des Mitgliedstaats verklagt wird, in dem er seinen Wohnsitz hat – Widerklage des Arbeitgebers – **Bestimmung des zuständigen Gerichts**

[21.06.2018, Rs C-20/17, Oberle](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – **Verordnung (EU) Nr 650/2012** – Art 4 – Allgemeine Zuständigkeit eines Gerichts eines Mitgliedstaats für Entscheidungen in Erbsachen für den gesamten Nachlass – **Nationale Regelung über die internationale Zuständigkeit für die Ausstellung nationaler Nachlasszeugnisse** – Europäisches Nachlasszeugnis

B. SCHLUSSANTRÄGE

[19.06.2018, Rs C-191/17, ING-DiBa Direktbank Austria \(GA Tanchev\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Zahlungsdienste – **Richtlinie 2007/64/EG** – Art 4 Nr 14 – **Begriff ‚Zahlungskonto‘** – Online-Direkt-Sparkonto, bei dem der Zugang zu Geldmitteln ohne Einschränkung möglich ist, Überweisungen jedoch über ein Referenzkonto ausgeführt werden müssen

[20.06.2018, Rs C-256/17, Sandd \(GA Wahl\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Dienstleistungsfreiheit** – **Postdienste** – Universaldiensteanbieter – **Tarifierungsgrundsätze und Transparenz der Rechnungslegung** – Verpflichtung des Universaldiensteanbieters zur Führung getrennter Konten für jeden der Dienste im Rahmen der Universaldienstverpflichtung – Kostenorientiertheit der Posttarife – **Angemessene Rendite**

[20.06.2018, Rs C-379/17, Società Immobiliare Al Bosco \(GA Szpunar\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivil- und Handelssachen – **Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen** – **Im Recht des ersuchten Staates vorgesehene Vollziehungsfrist** – Anwendbarkeit dieser Frist auf einen in einem anderen Mitgliedstaat erlassenen und im ersuchten Staat für vollstreckbar erklärten Titel

[21.06.2018, verb Rs C-391/16, C77/1-7 und C-78/17 M \(GA Wathelet\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – **Asylpolitik** – **Richtlinie 2011/95/EU** – **Verweigerung der Zuerkennung bzw Aberkennung der Flüchtlingseigenschaft** – **Verurteilung wegen einer besonders schweren Straftat** – Art 14 Abs 4 bis 6 – Auslegung und Gültigkeit – Art 18 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 78 Abs 1 AEUV – Am 28. Juli 1951 in Genf unterzeichnetes Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge

[21.06.2018, verb Rs C-61/17, C-62/17 und C-72/17, Bichat \(GA Sharpston\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – **Massenentlassungen** – Richtlinie 98/59/EG – Art 2 Abs 4 – **Begriff des den Arbeitgeber beherrschenden Unternehmens** – Verfahren zur Konsultation der Arbeitnehmer – Beweislast

[21.06.2018, Rs C-342/17, Memoria und Dall'Antonia \(GA Campos Sánchez-Bordona\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Zulässigkeit – Rein innerstaatlicher Sachverhalt – Beschränkung der freien Niederlassung – **Rechtsvorschrift, die gewinnbringende Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Urnenaufbewahrung verbietet**

C. GERICHT

Keine (relevanten) Urteile im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

19.06.2018, Beschwerde Nr [20233/06](#), *Kula / Türkei*

Verletzung von **Art 10 EMRK** (Meinungsäußerungsfreiheit); **Verhängung einer Disziplinarstrafe** gegen einen Universitätsprofessor (Bf) wegen der Teilnahme an einer Fernsehsendung ohne Genehmigung der Universität; **fehlende Begründung** der Entscheidung und **kein Verweis** auf die angewandte **Rechtsvorschrift**; durch die nationalen Gerichte wurden keine hinreichenden Gründe zur Rechtfertigung der Entscheidung genannt; **Verstoß** gegen **Art 10 EMRK**

19.06.2018, Beschwerde Nr [35252/08](#), *Centrum för rättsvisa / Schweden*

Keine Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Privat- und Familienleben); **Massenüberwachung** durch den schwedischen Auslandsgeheimdienst (FRA); schwedisches Gesetz zur heimlichen Überwachung ist **nicht konventionswidrig**; der Gesetzgeber hat die Bestimmungen mehrfach nachgebessert, um den Schutz der Privatsphäre zu stärken; Überwachungssystem in seiner Struktur ohne signifikante Fehler; der EGMR sieht jedoch weiter **Verbesserungsmöglichkeiten** zum Schutz der Privatsphäre

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder LL.B., Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth, Univ.-Ass. Mag. Vaheen Said, Univ.-Ass. MMag. Ranjana Achleitner, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heiml, Univ.-Ass. Mag. Marlene Haderer, Wiss.-Mit. Clara Buder.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.